

No. 36056

**Germany
and
Czech Republic**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning the cooperation in the field of environmental protection (with protocol). Bonn, 24 October 1996

Entry into force: *2 January 1999 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Czech*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 August 1999*

**Allemagne
et
République tchèque**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque concernant la coopération dans le domaine de la protection de l'environnement (avec protocole). Bonn, 24 octobre 1996

Entrée en vigueur : *2 janvier 1999 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et tchèque*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 août 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tschechischen Republik
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes**

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tschechischen Republik –**

in Anbetracht der großen Bedeutung, die dem Umweltschutz in beiden Staaten beigemessen wird,

geleitet von den Bestimmungen des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

im Einklang mit den Beschlüssen sowie der Deklaration der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 1992, insbesondere im Hinblick auf die Verwirklichung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung,

in Erkenntnis der Notwendigkeit einer umweltverträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen,

in der Überzeugung, daß eine enge, von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes von beiderseitigem Vorteil ist und zur Festigung gut-nachbarschaftlicher Beziehungen beiträgt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Tschechischen Republik (nachstehend „Vertragsparteien“) arbeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Gegenseitigkeit und des beiderseitigen Nutzens zusammen.

(2) Ziel der Zusammenarbeit ist die nachhaltige Verbesserung des Zustands der Umwelt durch

- a) die Verringerung schädlicher Einwirkungen auf die Umwelt;
- b) die Gewährleistung einer umweltverträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen;
- c) den Schutz, die Pflege und die Entwicklung einer standortgerechten Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensgemeinschaften und ihrer Lebensräume.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere auf den Gebieten Luftreinhaltung, Gewässer-, Boden- und Naturschutz, Landschaftspflege, einschließlich des Schutzes der Wälder, zusammen.

(2) Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind insbesondere

- a) der Informations- und Erfahrungsaustausch in Fragen der Umweltrichtsetzung und der Umweltverwaltung;
- b) die Erhebung und die Analyse von Daten über den Zustand der Umwelt und der auf sie einwirkenden Faktoren sowie der Austausch dieser Informationen;

- c) die Umwelterziehung, die Umweltbildung und die Unterrichtung der Öffentlichkeit;
- d) der Informations- und Erfahrungsaustausch in bezug auf umweltfreundliche Technologien und die Erleichterung ihrer Anwendung und ihres Austausches;
- e) der Informations- und Erfahrungsaustausch über Verfahren zur rationellen Nutzung von Rohstoffen und Energie;
- f) der Informations- und Erfahrungsaustausch in allen Fragen der Abfallwirtschaft;
- g) der Informations- und Erfahrungsaustausch über Beurteilung und Beseitigung von Altlasten;
- h) der Informations- und Erfahrungsaustausch in Fragen des Umweltmanagements;
- i) die Koordinierung von Strategien in der internationalen Umweltpolitik.

(3) Die Zusammenarbeit im Bereich der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern richtet sich nach dem Vertrag vom 12. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien arbeiten insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Umwelt in den Grenzregionen zusammen.

(2) Im Vordergrund der Zusammenarbeit soll die Erfassung, Bewertung und Verringerung von Umweltbelastungen in den Grenzregionen sowie die Erhaltung von Natur und Landschaft in den Grenzregionen stehen.

(3) Die Vertragsparteien legen im gegenseitigen Einvernehmen Gebiete in den Grenzregionen, die in bezug auf den Umwelt- und Landschaftsschutz besonderer Rücksichtnahme bedürfen, fest und vereinbaren Maßnahmen, die auf den besonderen Schutz der Umwelt in diesen Gebieten abzielen.

(4) Zur Verbesserung des Zustands der Umwelt in den Grenzregionen fördern die Vertragsparteien, im Einklang mit ihren umweltpolitischen Zielen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Organen und anderen Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, unter Berücksichtigung des jeweiligen innerstaatlichen Rechts.

(5) Die Vertragsparteien fördern die Zusammenarbeit der Länder der Bundesrepublik Deutschland mit den zuständigen Stellen der Tschechischen Republik, insbesondere in den Grenzregionen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien ergreifen geeignete und wirksame Maßnahmen zur Verhütung und Verringerung von erheblichen grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen.

(2) Die Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet eine Tätigkeit mit erheblichen grenzüberschreitenden Beeinträchtigungen beabsichtigt ist, führt eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch. Hierbei werden auch die möglichen Beeinträchtigungen der Umwelt auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geprüft. Sie benachrichtigt die andere Vertragspartei über die beabsichtigte Tätigkeit sobald wie möglich, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem sie ihre eigene Öffentlichkeit unterrichtet, teilt ihr die erforderlichen Angaben mit und bietet sachgemäße Konsultationen an.

(3) Bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen wenden beide Vertragsparteien das Übereinkommen in größtmöglichem Umfang und in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht vorläufig an.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien informieren sich sobald wie möglich über Industrieunfälle und andere außergewöhnliche Fälle mit Ver-

unreinigungen der Umwelt, sofern die Sorge besteht, daß diese Verunreinigungen eine Gefährdung für den Menschen oder die Umwelt auf dem Hoheitsgebiet des anderen Staates darstellen.

(2) Erignet sich auf dem Hoheitsgebiet des Staates einer Vertragspartei ein Industrieunfall oder ein anderer außergewöhnlicher Fall gemäß Absatz 1, leitet die betreffende Vertragspartei sobald wie möglich wirksame Maßnahmen zur Beseitigung seiner Ursachen und zur Begrenzung seiner Auswirkungen ein und informiert die andere Vertragspartei darüber sobald wie möglich.

(3) Die Vertragsparteien entwickeln unter Beteiligung der staatlichen Behörden ein gegenseitiges Warn- und Informationssystem für Industrieunfälle und andere außergewöhnliche Fälle gemäß Absatz 1 und arbeiten bei der Beseitigung dieser Verunreinigungen und ihrer Folgen zusammen.

(4) Für die Grenzgewässer kommen die einschlägigen internationalen Verträge zur Anwendung.

Artikel 6

Die Vertragsparteien arbeiten bei der Unterbindung illegaler Exporte und Importe von Abfällen und umweltgefährdenden Stoffen zusammen.

Artikel 7

(1) Für die Durchführung dieses Abkommens wird eine Gemeinsame Umweltkommission gebildet.

(2) Jede Vertragspartei benennt innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens der anderen Vertragspartei ihren Delegationsleiter.

(3) Die Gemeinsame Umweltkommission tritt nach Bedarf zusammen, jedoch mindestens einmal im Jahr. Für wichtige, beide Seiten betreffende Umweltfragen erarbeitet sie konkrete Lösungsvorschläge.

(4) Die Gemeinsame Umweltkommission kann in Einzelfällen Arbeitsgruppen einsetzen.

Artikel 8

Im Rahmen dieses Abkommens werden Arbeitstreffen, fachwissenschaftliche Veranstaltungen, der Austausch von Fachleuten, Aus- und Weiterbildungsaktivitäten, die Übermittlung wissenschaftlicher und technischer Informationen und gemeinsame Vorhaben durchgeführt. Hierbei können Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaften und der nichtstaatlichen Umweltorganisationen beteiligt werden.

Artikel 9

Ausgehend von den Zielen dieses Abkommens ermutigen die Vertragsparteien die Herstellung und Entwicklung von Kontakten sowie die Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen örtlichen Organen und anderen Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, wie auch zwischen anderen Institutionen, Organisationen und Unternehmen im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Verantwortlichkeit.

Artikel 10

Die für Koordination und Organisation der Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens verantwortlichen Behörden sind auf deutscher Seite das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und auf tschechischer Seite das Ministerium für Umwelt der Tschechischen Republik.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien können die Ergebnisse ihrer Zusammenarbeit im gegenseitigen Einvernehmen Dritten übermitteln. Der Austausch von Informationen und die Weitergabe an Dritte erfolgen unter Beachtung der Rechtsvorschriften der Staaten der Vertragsparteien und Verpflichtungen aus völkerrechtlichen Verträgen, durch die die Vertragsparteien gebunden sind.

(2) Der Austausch von personenbezogenen Informationen und solchen Informationen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse betreffen, zwischen den Vertragsparteiern bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

Artikel 12

Die Vertragsparteiern tragen jeweils ihre für die Durchführung dieses Abkommens entstehenden Kosten. Im Einzelfall kann eine andere Regelung vereinbart werden.

Artikel 13

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteiern einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann das Abkommen schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt sechs Monate nach dem Tag der Zustellung der Kündigung an die andere Vertragspartei außer Kraft.

Artikel 15

Dieses Abkommen tritt im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik an die Stelle der Vereinbarung vom 5. Oktober 1987 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Geschehen zu Bonn am 24. Oktober 1996 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo
Werner Hoyer
Angela Merkel

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky
Skalický

**Protokoll
über die Zeichnung des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Tschechischen Republik
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes**

Am 24. Oktober 1996 wurde in Bonn das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes gezeichnet.

Aus Anlaß der Zeichnung o.g. Abkommens gab die Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Erklärung ab:

Im Zusammenhang mit der in Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens vorgesehenen Umweltverträglichkeitsprüfung geht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland davon aus, daß dafür das geltende innerstaatliche Recht maßgeblich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo
Werner Hoyer
Angela Merkel

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky
Skalický

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

**Dohoda
mezi vládou Spolkové republiky Německo
a vládou České republiky
o spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí**

Vláda Spolkové republiky Německo

a

vláda České republiky

vědomy si velkého významu, který je ochraně životního prostředí v obou státech přikládán,

vedeny ustanoveními Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci ze dne 27. února 1992,

v souladu se závěry a s deklarací Konference Organizace spojených národů o životním prostředí a rozvoji v Rio de Janeiro z roku 1992, zvláště se zřetelem na uskutečnění zásady udržitelného rozvoje,

při poznání nutnosti využívání přírodních zdrojů způsobem únosným pro životní prostředí,

v přesvědčení, že těsná spolupráce v oblasti ochrany životního prostředí, založená na oboustranné důvěře, přináší výhody oběma stranám a přispívá k upevnění dobrých sousedských vztahů,

se dohody takto:

Článek 1

1) Vláda Spolkové republiky Německo a vláda České republiky (dále jen "smluvní strany") budou spolupracovat v oblasti ochrany životního prostředí na základě rovnoprávnosti, vzájemnosti a k oboustrannému užítku.

2) Cílem spolupráce je trvalé zlepšování stavu životního prostředí

- a) zmírněním škodlivých vlivů na životní prostředí;
- b) využíváním přírodních zdrojů způsobem únosným pro životní prostředí;
- c) ochranou, péčí a rozvojem místu odpovídající rozmanitosti živočišných a rostlinných druhů, jejich společenstev a stanovišť.

Článek 2

1) Smluvní strany budou spolupracovat zejména v oblasti zlepšování čistoty ovzduší, v oblasti ochrany vod, půdy, přírody a péče o krajinu včetně ochrany lesů.

2) Těžiště spolupráce spočívají zejména ve

- a) výměně informací a zkušeností v otázkách legislativy a veřejné správy v oblasti životního prostředí;
- b) shromažďování a analýze údajů o stavu životního prostředí a je ovlivňujících faktorů, jakož i výměně těchto informací;

- c) ekologické výchově, vzdělávání a veřejné osvětě;
- d) výměně informací a zkušeností souvisejících s technologiemi šetřícími životní prostředí a usnadňování jejich uplatnění a výměry;
- e) výměně informací a zkušeností týkajících se postupů racionálního využití surovin a energie;
- f) výměně informací a zkušeností ve všech otázkách odpadového hospodářství;
- g) výměně informací a zkušeností týkajících se posuzování a odstraňování starých ekologických škod;
- h) výměně informací a zkušeností v otázkách managementu ochrany životního prostředí;
- i) koordinaci strategií v oblasti mezinárodní politiky životního prostředí.

3) Spolupráce v oblasti vodního hospodářství na hraničních vodách se řídí Smlouvou mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o spolupráci na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství ze dne 12. prosince 1996.

Článek 3

1) Smluvní strany budou spolupracovat v pohraničních pásech se zvláštním zřetelem na ochranu životního prostředí.

2) V popředí spolupráce má být zjišťování, hodnocení a zmírňování zatížení životního prostředí v pohraničních pásech, stejně jako udržování přírody a krajiny v pohraničních pásech.

3) Smluvní strany budou ve vzájemné shodě stanovovat v pohraničních pásech území vyžadující zvláštního zřetele z hlediska ochrany přírody a krajiny a budou dohadovat opatření zaměřená na ochranu životního prostředí v těchto územích.

4) Za účelem zlepšení stavu životního prostředí v pohraničních pásech budou smluvní strany v souladu se svými cíli v politice životního prostředí podporovat přeshraniční spolupráci mezi místními orgány a jinými institucemi vykonávající veřejnou správu při respektování vnitrostátního práva států obou smluvních stran.

5) Smluvní strany podpoří spolupráci mezi Spolkové republiky Německo s příslušnými orgány České republiky, zejména v pohraničních pásech.

Článek 4

1) Smluvní strany přijmou vhodná a účinná opatření k zabránění a zmírnění závažných škodlivých vlivů na životní prostředí přesahujících státní hranice.

2) Smluvní strana, na jejímž výsočním území je zamýšlena činnost spojená se značnými škodlivými vlivy přesahujícími státní hranice, zhodnotí škodlivý vliv činnosti na životní prostředí. Přitom budou prověřeny také možné škodlivé vlivy na životní prostředí na výsočním území státu druhé smluvní strany. O zamýšlené činnosti uvědomí co nejdříve druhou smluvní stranu, nejpozději však v okamžiku, ve kterém bude informovat vlastní veřejnost; sdělí jí potřebné údaje a nabídne odpovídající konzultace.

3) Až do vstupu Úmluvy o hodnocení vlivů na životní prostředí přesahujícího státní hranice ze dne 25. února 1991 v platnost budou obě smluvní strany tuto úmluvu předběžně provádět v největším možném rozsahu a v souladu se svým vnitrostátním právem.

Článek 5

1) Smluvní strany se budou co nejdříve informovat o průmyslových haváriích a ostatních mimořádných případech znečištění životního

prostředí, pokud existuje obava, že tato znečištění představují nebezpečí ohrožení člověka nebo životního prostředí na výsotním území státu druhé smluvní strany.

2) Dojde-li na výsotním území státu jedné smluvní strany k průmyslové havárii nebo k mimořádnému případu podle odst. 1, zavede tato smluvní strana co nejdříve účinná opatření k odstranění jejich příčin a k omezení jejich účinků a bude o tom druhou smluvní stranu informovat.

3) Smluvní strany vyvinou za účasti orgánů státní správy oboustranný varovný a informační systém pro průmyslové havárie a ostatní mimořádné případy podle odst. 1 a budou při odstraňování těchto znečištění a jejich následků spolupracovat.

4) Pro hraniční vody platí jiné mezinárodní smlouvy.

Článek 6

Smluvní strany budou spolupracovat při zamezování ilegálním vývozem a dovozem odpadů a látek ohrožujících životní prostředí.

Článek 7

1) K provádění této dohody bude vytvořena společná komise pro životní prostředí.

2) Každá smluvní strana sdělí do tří měsíců po vstupu této dohody v platnost druhé smluvní straně vedoucího své delegace.

3) Společná komise pro životní prostředí zasedá dle potřeby, nejméně však jedenkrát ročně. V případech důležitých otázek životního prostředí, týkajících se obou smluvních stran, vypracovává konkrétní návrhy řešení.

4) Společná komise pro životní prostředí může v jednotlivých případech zřídit pracovní skupiny.

Článek 8

V rámci této dohody se budou uskutečňovat pracovní setkání, odborné vědecké akce, výměna odborníků, vzdělávací a doškolovací aktivity, předávání vědeckých a technických informací a provádět společné záměry. Na spolupráci se přitom mohou podílet zástupci hospodářství, vědy a nevládních ekologických organizací.

Článek 9

Vycházejíce z cílů této dohody podpoří smluvní strany vytváření a rozvíjení kontaktů a spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí mezi místními a jinými institucemi vykonávajícími veřejnou správu, jakož i jinými institucemi, organizacemi a podniky v rámci jejich kompetence a odpovědnosti.

Článek 10

Orgány zodpovědnými za koordinaci a organizaci spolupráce v rámci této dohody jsou na české straně Ministerstvo životního prostředí České republiky a na německé straně Spolkové ministerstvo životního prostředí, ochrany přírody a bezpečnosti reaktorů.

Článek 11

1) Smluvní strany mohou předávat výsledky své spolupráce po vzájemné dohodě třetím stranám. Výměna informací a jejich předávání třetím stranám se uskutečňuje za dodržení právních předpisů států smluvních stran a závazků z mezinárodních smluv, kterými jsou smluvní strany vázány.

2) Výměna informací, vztahujících se k osobám, a takových informací, které jsou předmětem podnikového a obchodního tajemství, musí být mezi smluvními stranami dohodnuta odděleně.

Článek 12

Smluvní strany nesou vždy své náklady vyplývající z provádění této dohody. V jednotlivých případech může být dohodnuta jiná úprava.

Článek 13

Tato dohoda podléhá schválení v souladu s vnitrostátními předpisy obou smluvních stran a vstoupí v platnost měsíc po dni doručení pozdější noty o tomto vnitrostátním schválení.

Článek 14

Tato dohoda se uzavírá na dobu neurčitou. Každá ze smluvních stran může dohodu písemně vypovědět. Platnost dohody skončí šest měsíců ode dne doručení výpovědi druhé smluvní straně.

Článek 15

Tato dohoda nahrazuje ve vztahu mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou Ujednání mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou Československé socialistické republiky o spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí ze dne 5. října 1987.

Dáno v Bonnu dne 24. října 1996 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo
Werner Hoyer
Angela Merkel

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky
Skalický

**Protokol
o podpisu Dohody
mezi vládou Spolkové republiky Německo
a vládou České republiky
v oblasti ochrany životního prostředí**

Dne 24. října 1996 byla v Bonnu podepsána Dohoda mezi vládou Spolkové republiky Německo a vládou České republiky o spolupráci v oblasti ochrany životního prostředí.

U příležitosti podpisu uvedené dohody vydala vláda Spolkové republiky Německo toto prohlášení:

V souvislosti s hodnocením vlivů na životní prostředí uvedeném v článku 4, odst. 2 Dohody, vláda Spolkové republiky Německo předpokládá, že pro toto je rozhodující platné vnitrostátní právo.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za vládu Spolkové republiky Německo

Werner Hoyer
Angela Merkel

Für die Regierung der Tschechischen Republik
Za vládu České republiky

Skalický

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE CZECH
REPUBLIC CONCERNING COOPERATION IN THE FIELD OF
ENVIRONMENTAL PROTECTION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic,

Considering the great importance attached to environmental protection in both States,

Guided by the provisions of the Treaty concerning good neighbourliness and friendly cooperation, concluded between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federative Republic on 27 February 1992,

In conformity with the decisions and declaration of the United Nations Conference on Environment and Development held in Rio de Janeiro in 1992, especially with a view to the realization of the principle of sustainable development,

Recognizing the need for an environmentally sound use of natural resources,

Convinced that close cooperation in the field of environmental protection based on mutual trust is in the interests of both parties and contributes to the strengthening of good neighbourly relations,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic (hereinafter referred to as the "Contracting Parties") shall cooperate in the sphere of environmental protection on the basis of equality, reciprocity and mutual benefit.

(2) The aim of cooperation shall be to achieve a lasting improvement in the state of the environment by:

- (a) Reducing detrimental influences on the environment;
- (b) Ensuring the environmentally sound use of natural resources;
- (c) Preserving, fostering and developing locally appropriate diversity of flora and fauna, ecosystems and habitats.

Article 2

(1) The Contracting Parties shall cooperate in particular in the prevention of air, water and soil pollution and in nature conservation and protection of the countryside, including the protection of woodlands.

(2) The main areas of cooperation shall be:

- (a) The exchange of information and experience relating to environmental legislation and management;
 - (b) The collection and analysis of data on the state of the environment and factors affecting it, as well as the exchange of such information;
 - (c) Environmental education and training and the provision of information to the general public;
 - (d) The exchange of information and experience regarding environmentally sound technologies and the facilitation of their application and exchange;
 - (e) The exchange of information and experience regarding processes for the rational use of raw materials and energy;
 - (f) The exchange of information and experience regarding all questions of waste management;
 - (g) The exchange of information and experience regarding the evaluation and disposal of already contaminated sites;
 - (h) The exchange of information and experience regarding questions of environmental management;
 - (i) The coordination of strategies in international environmental policy.
- (3) Cooperation in the management of boundary waters shall be in conformity with the Treaty concerning cooperation in the management of boundary waters, concluded between the Federal Republic of Germany and the Czech Republic on 12 December 1995.

Article 3

- (1) The Contracting Parties shall cooperate in particular with a view to protecting the environment in border regions.
- (2) This cooperation shall give priority to the recording, assessment and reduction of environmental damage in border regions and to the preservation of nature and the countryside in border regions.
- (3) The Contracting Parties shall by mutual agreement determine areas in border regions where particular consideration needs to be given to protection of the environment and the countryside, and shall agree on measures designed to afford special protection to the environment in these areas.
- (4) In order to improve the state of the environment in border regions, the Contracting Parties, acting in accordance with the aims of their environmental policies while at the same time taking the respective national legislation into account, shall promote transboundary cooperation between local organs and other bodies performing public administrative duties.
- (5) The Contracting Parties shall promote cooperation between the Länder of the Federal Republic of Germany and the relevant authorities of the Czech Republic, especially in border regions.

Article 4

(1) The Contracting Parties shall adopt appropriate and effective measures to prevent and reduce significant transboundary damage to the environment.

(2) The Contracting Party in whose territory an activity giving rise to significant transboundary damage is proposed shall conduct an environmental impact assessment. In the course thereof, potential damage to the environment in the territory of the other Contracting Party shall be examined. It shall inform the other Contracting Party of the proposed activity as soon as possible, but no later than the date on which it informs its own general public, shall furnish the other Contracting Party with the requisite details and shall offer proper consultations.

(3) Until the entry into force of the Convention on Environmental Impact Assessment in a Transboundary Context, of 25 February 1991, the two Contracting Parties shall provisionally apply the Convention to the widest possible extent and in accordance with their national legislation.

Article 5

(1) The Contracting Parties shall inform each other as soon as possible of industrial accidents and other unusual incidents entailing environmental pollution, if there is a concern that this pollution constitutes a danger to human beings or the environment in the territory of the other State.

(2) If an industrial accident or other unusual incident of the kind referred to in paragraph 1 occurs in the territory of the State of a Contracting Party, the Contracting Party concerned shall initiate effective measures as soon as possible to eliminate its causes and limit its impact and shall inform the other Contracting Party thereof as soon as possible.

(3) The Contracting Parties shall, with the assistance of State authorities, devise a mutual warning and information system for industrial accidents and other unusual incidents of the kind referred to in paragraph 1 and shall cooperate in the clearing up of this pollution and remedying the consequences thereof.

(4) In respect of boundary waters, the relevant international treaties shall apply.

Article 6

The Contracting Parties shall cooperate in the prevention of illicit exports and imports of waste and substances which jeopardize the environment.

Article 7

(1) A Joint Environmental Commission shall be established for the implementation of this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall inform the other Contracting Party of the name of its head of delegation within three months of the entry into force of this Agreement.

(3) The Joint Environmental Commission shall meet as necessary, but at least once a year. It shall draw up practical proposals for the solution of important environmental questions affecting both parties.

(4) The Joint Environmental Commission may appoint working groups in individual cases.

Article 8

Within the framework of this Agreement, working meetings, technical events, the exchange of specialists, training and further training activities, the transmission of scientific and technical information and joint projects, in which representatives of industry and commerce, the sciences and non-governmental organizations may participate, shall be conducted.

Article 9

The Contracting Parties shall, taking the objectives of this Agreement as their starting point, encourage the establishment and development of contacts and cooperation in matters of environmental protection between local organs and other bodies performing public administrative duties and between other institutions, organizations and enterprises, in keeping with their competence and responsibility.

Article 10

The authorities responsible for the coordination and organization of cooperation under this Agreement shall be, on the German side, the Federal Ministry of the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety and on the Czech side, the Ministry for Environmental Affairs of the Czech Republic.

Article 11

(1) The Contracting Parties may, by mutual agreement, pass on to third parties findings resulting from their cooperation. The exchange of information and its transmission to third parties shall be governed by the legislation of the States of the Contracting Parties and obligations under international law which are binding on the Contracting Parties.

(2) The exchange of personal data and information concerning business or trade secrets between the Contracting Parties shall require a separate agreement.

Article 12

Each of the Contracting Parties shall bear its own costs for the implementation of this Agreement. A different arrangement may be made in individual cases.

Article 13

This Agreement shall enter into force one month after the day on which the Contracting Parties have notified each other that the domestic requirements for such entry into force have been fulfilled.

Article 14

This Agreement shall be concluded for an unlimited period. Either Contracting Party may terminate the Agreement in writing. The Agreement shall expire six months after the day on which the other Contracting Party receives notification of its termination.

Article 15

In relations between the Federal Republic of Germany and the Czech Republic, this Agreement shall replace the Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czechoslovak Socialist Republic on cooperation in environmental protection, of 5 October 1987.

Done at Bonn on 24 October 1996, in duplicate in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

WERNER HOYER

ANGELA MERKEL

For the Government of the Czech Republic:

SKALICKY

PROTOCOL ON THE SIGNATURE OF THE AGREEMENT BETWEEN THE
GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
GOVERNMENT OF THE CZECH REPUBLIC CONCERNING COOPERATION
IN THE FIELD OF ENVIRONMENTAL PROTECTION

The Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Czech Republic concerning cooperation in the field of environmental protection was signed at Bonn on 24 October 1996.

On the occasion of the signature of the above-mentioned agreement, the Government of the Federal Republic of Germany made the following declaration:

In connection with the environmental impact assessment provided for in article 4, paragraph 2 of the Agreement, the Government of the Federal Republic of Germany proceeds on the assumption that the relevant national legislation prevails.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

WERNER HOYER

ANGELA MERKEL

For the Government of the Czech Republic:

SKALICKY

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE
CONCERNANT LA COOPÉRATION DANS LE DOMAINE DE LA
PROTECTION DE L'ENVIRONNEMENT

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque,

Considérant la grande importance accordée à la protection de l'environnement dans les deux pays,

Suivant les dispositions de l'Accord de bon voisinage et de coopération du 27 février 1992 entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque,

Conformément aux décisions et à la déclaration de la Conférence des Nations Unies sur l'environnement et le développement tenue à Rio de Janeiro en 1992, en particulier en ce qui concerne le respect du principe d'un développement durable,

Reconnaissant la nécessité d'une exploitation des ressources naturelles qui respecte l'environnement,

Convaincus qu'une coopération étroite, inspirée par la confiance mutuelle, dans le domaine de la protection de l'environnement est dans l'intérêt des deux Parties, contribue au renforcement des relations de bon voisinage,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

1. Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque (ci-après dénommés "Parties contractantes") uvrent dans le domaine de la protection de l'environnement sur la base de l'égalité des droits, de la réciprocité et de l'avantage mutuel.

2. L'objectif de cette coopération consiste à améliorer durablement l'état de l'environnement en

- a) Diminuant les effets nocifs sur l'environnement;
- b) Garantissant une utilisation des ressources naturelles qui respecte l'environnement;
- c) Protégeant, préservant et développant la diversité, la coexistence et l'habitat de la faune et de la flore conformément aux conditions locales.

Article 2

1. Les Parties contractantes uvrent ensemble en particulier dans les domaines de la pureté de l'air, la protection des eaux, des sols et de la nature, de l'entretien des paysages, y compris de la protection des forêts.

2. La coopération portera en particulier sur

a) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant la législation et la gestion de l'environnement;

b) La collecte et l'analyse de données concernant l'état de l'environnement et les facteurs qui ont une incidence sur lui de même l'échange de ces données;

c) L'éducation et la formation dans le domaine de l'environnement et la sensibilisation de l'opinion à ce sujet;

d) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant les technologies respectueuses de l'environnement et les moyens de faciliter leurs applications et leurs échanges;

e) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant les procédés qui permettent d'exploiter rationnellement les matières premières et l'énergie;

f) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant toutes les questions liées aux déchets;

g) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant l'évaluation et l'élimination des rejets anciens;

h) L'échange d'informations et d'acquis de l'expérience concernant la gestion de l'environnement;

i) La coordination de stratégies liées à la politique internationale de l'environnement.

3. La coopération concernant la gestion des eaux frontalières sera guidée par les dispositions du traité du 12 décembre 1995 entre la République fédérale d'Allemagne et la République tchèque concernant la coopération à la gestion des eaux frontalières.

Article 3

1. Les Parties contractantes coopèrent en particulier afin de protéger l'environnement dans les zones frontalières.

2. Au premier rang de leur coopération figureront la détermination, l'évaluation et la réduction de la pollution dans les régions frontalières de même que la préservation de la nature et du paysage dans ces régions.

3. Les Parties contractantes définissent d'un commun accord des zones, dans les régions frontalières, dont l'environnement et le paysage nécessitent des précautions particulières et conviennent de mesures adaptées à la protection particulière de l'environnement dans ces zones.

4. Afin d'améliorer l'état de l'environnement dans les régions frontalières, les Parties contractantes appuient, en accord avec leurs objectifs environnementaux, la coopération bilatérale entre les organes et autres services locaux chargés d'activités d'administration, compte tenu de leur droit interne.

5. Les Parties contractantes encouragent la coopération entre les Länder de la République fédérale d'Allemagne et les services compétents de la République tchèque, en particulier dans les régions frontalières.

Article 4

1. Les Parties contractantes prennent les mesures appropriées et efficaces pour prévenir et réduire les effets transfrontières qui nuisent gravement à l'environnement.

2. La Partie contractante sur le territoire de laquelle sont prévues des activités qui risquent d'avoir des effets transfrontières nuisant gravement à l'environnement procède à une enquête d'impact environnemental. Ce faisant, elle examine les effets nocifs à l'environnement qui pourraient s'exercer sur le territoire de l'autre Partie contractante. Elle informe cette autre Partie de l'activité prévue dès que possible et, en tout cas, au plus tard à la date à laquelle elle en informe sa propre population, elle lui communique les informations nécessaires et propose des consultations appropriées.

3. Jusqu'à ce qu'entre en vigueur la Convention du 25 février 1991 concernant l'examen des effets sur l'environnement dans un cadre transfrontière, les deux Parties contractantes en appuient les dispositions aussi largement que possible conformément avec leur droit interne.

Article 5

1. Les Parties contractantes s'informent dès que possible des accidents industriels et autres événements inhabituels qui polluent l'environnement, dans la mesure où il est à craindre que cette pollution menace aussi l'être humain ou l'environnement sur le territoire de l'autre État contractant.

2. En cas d'accident industriel ou d'autres événements inhabituels sur le territoire de l'une des Parties contractantes, au sens du paragraphe 1 du présent article, la Partie contractante concernée prend dès que possible des mesures efficaces pour en éliminer les causes et en limiter les effets et informe dès que possible l'autre Partie contractante à ce sujet.

3. Avec la participation des services publics, les Parties contractantes créent un système d'alerte et d'information mutuelles en cas d'accident industriel et d'autres événements exceptionnels visés au paragraphe 1 du présent article et coopèrent pour éliminer cette pollution et ses conséquences.

4. Les traités internationaux pertinents s'appliquent aux cours d'eau frontaliers.

Article 6

Les Parties contractantes coopèrent pour empêcher les exportations et importations illégales de déchets et autres substances nuisibles à l'environnement.

Article 7

1. Une commission mixte dans le domaine de l'environnement sera créée aux fins de l'application du présent Accord.

2. Chacune des Parties contractantes désignera le chef de sa délégation à l'autre Partie contractante dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

3. La commission mixte se réunira selon les besoins et, en tout cas, au moins une fois par an. Elle étudiera des propositions concrètes pour résoudre les questions importantes concernant l'environnement qui intéressent les deux Parties.

4. La commission mixte pourra constituer des groupes de travail dans des cas particuliers.

Article 8

Dans le cadre du présent Accord, auront lieu des réunions de travail, des manifestations scientifiques spécialisées, des échanges d'experts, des activités de formation et de perfectionnement, la transmission d'informations scientifiques et techniques et des projets communs. Les représentants des milieux économiques et scientifiques et les organisations non étatiques dans le domaine de l'environnement pourront y participer.

Article 9

Poursuivant les buts du présent Accord, les Parties contractantes encouragent l'établissement et le développement des contacts ainsi que la coopération aux fins de la protection de l'environnement entre les autorités locales et les autres services de l'administration publique et aussi entre d'autres institutions, organismes et entreprises dans le cadre de leurs compétences et de leurs responsabilités.

Article 10

Les autorités chargées de la coordination et de l'organisation de la coopération dans le cadre du présent Accord sont, pour la République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral de l'environnement, de la protection de la nature et de la sûreté des réacteurs et, dans le cas de la République tchèque, le Ministère de l'environnement.

Article 11

1. Les Parties contractantes peuvent convenir de communiquer les résultats de leur coopération à des tiers. L'échange d'informations et leur communication à des tiers respecte la législation des Parties contractantes et les engagements que les accords internationaux auxquels elles sont parties imposent à chacune d'elles.

2. L'échange de renseignements d'ordre personnel, ainsi que d'informations concernant les secrets commerciaux et industriels entre les Parties contractantes est soumis à des arrangements particuliers.

Article 12

Les Parties contractantes prennent chacune en charge les coûts d'application du présent Accord. Elles peuvent convenir d'autres modalités dans des cas particuliers.

Article 13

Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle les Parties contractantes se seront notifié que les conditions de leur droit interne sont remplies.

Article 14

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer par écrit le présent Accord qui cessera d'être en vigueur six mois à compter de la date à laquelle l'autre Partie contractante aura reçu la dénonciation.

Article 15

Le présent Accord remplace entre la République fédérale d'Allemagne et la République tchèque l'Arrangement du 5 octobre 1987 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République socialiste tchécoslovaque relatif à la coopération en matière de protection de l'environnement.

Fait à Bonn le 24 octobre 1996 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WERNER HOYER

ANGELA MERKEL

Pour le Gouvernement de la République tchèque :

SKALICK

PROTOCOLE RELATIF À LA SIGNATURE DE L'ACCORD ENTRE LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE CONCERNANT LA
COOPÉRATION DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION DE
L'ENVIRONNEMENT

L'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République tchèque concernant la coopération dans le domaine de la protection de l'environnement a été signé à Bonn le 24 octobre 1996.

À l'occasion de cette signature, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne a fait la déclaration suivante :

Au sujet de l'enquête d'impact environnemental prévue au paragraphe 2 de l'article 4 de l'Accord, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne part du principe que c'est le droit interne qui est déterminant à ce sujet.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

WERNER HOYER

ANGELA MERKEL

Pour le Gouvernement de la République tchèque :

SKALICK

